

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Bezugspreis
für sechs monatlich bei zweimonatlicher
Ausstellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungspunkten angenommen. Im
am 18. Zeitungszentrum unter
Ecke-Zeitung eingetragen. Für
anterior eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck nur mit der
Zustellung der Zeitschrift ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Telefon-Nr. Leipzig Nr. 4609.

Anzeige
werden 0. 83 Pf. 24 mm br. Müll-
meterpreis 0. der deren Raum mit
25 Pf. berechnet u. in dieser An-
nahmezeiten u. allen Einzelange-
legenheiten angenommen. Resten
die 92 mm br. Müllmeterpreis 75 Pf.
Anzeige, für Aufnahme (ab) vom
11 Uhr, für die Sonntags- u. ab-
6 Uhr. Abbestellungen, sonst zu
läufig, müssen schriftlich erfolgen.
Erschließungsort: Halle. Erscheint
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
leitung u. Geschäftsstellen: Halle.
Neue Promenade 14, Dr. Braun-
hausler, 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 578.

Halle, Mittwoch, den 10. Dezember 1919.

Einzelpreis 15 Pfg.

Stellungnahme der Reichsregierung zu den Ententnoten.

Verpflichtungen aus dem Sanjakstädten sollen über den Tonnageraum verhandelt.

Berlin, 10. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Entente steht es noch nicht fest, welche Forderungen Paris gehen werden. Wahrscheinlich werden zwei oder drei prominente Persönlichkeiten aus den Sanjakstädten das deutsche Material in Paris vorbringen.

Ueber die deutsche Antwort verlautet: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird sich wahrscheinlich schon heute mit dem Entwurf der deutschen Antwort be- schäftigen können, da die Reichsregierung alles daran gehen werde, um den Eintritt des Friedenszustandes von sich aus in keiner Weise zu verzögern. In der Sache selbst vertritt die Regierung die Ansicht, daß das Haupt- gewicht auf die erste Note zu legen sei, in der sich der Inhalt der sogenannten Separatnote im wesentlichen ausgeprochen hat. Man benötigt es jedenfalls mit Vergewissung, daß Clemenceau sich wenigstens in der Befragungsurfrage zu einem klaren Standpunkt bekennt, indem er die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen namentlich abhän- glich macht. Die deutsche Regierung wird in ihrer Antwort die Forderung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Scapa Flow-Angelegenheit stellen lassen, da keine Aussicht auf Erfüllung besteht. Des weiteren wird die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es ihr auch jetzt noch nicht möglich ist, das Protokoll zu unterzeichnen, in dem die Forderung auf bedingungs- lose Auslieferung der 400 000 Tonnen Schiffsmaterial anzuwenden enthalten ist. Sie wird andeuten, daß sie der Zustimmung einer nachträglichen Wiederrück- gegenübersteht. Es ist nun geplant, an die Aufforderung auf Vorlegung einer Liste des deutschen Gefangenematerials zurückzuführen und durch mehrere Sachverständigen aus den Sanjakstädten diese Liste in Paris unterbreiten und ein- geordnet erläutern zu lassen.

Die deutsche Regierung ist durchaus festen Willens, zu einer Einigung zu kommen und bereit, über eine Entschädigung zu verhandeln, die das deutsche Wirtschaftsleben nicht zum Tode verurteilt. Es bedürfte nach ihrer Ansicht der Vermittlung dritten Mann nur weniger Tage, um und zwar vor Unterzeichnung — zu einer mittleren Lösung zu gelangen.

Die Entente zur Aussprache geneigt

Berlin, 10. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir von antierischen Seite erfahren, können gegenwärtig bei der Reichsregierung Mitteilungen vor, die darauf schließen lassen, daß die Entente zwar sofortige Unterzeich- nung des Pariser Protokolls verlangt, dagegen nicht abgeneigt ist, die Ausfertigung der darin enthal- tenen Bestimmungen mit der deutschen Regierung zu besprechen. Es ist indessen aber nicht ausgeschlossen, daß vor der Unterzeichnung des Protokolls noch eine entscheidende Aussprache erfolgt.

Die Instruktionen für Herrn v. Lerener.

Berlin, 9. Dez. In der ersten Ententente ist gleich in Anfang die Rede von einer Mitteilung, die der Ver- treter der deutschen Friedensdelegation zu Versailles am 1. Dezember dem Obersten Rat namens der deutschen Regierung gemacht hat. Diese Mitteilung betraf die Instruk- tionen, die Herr von Lerener vom Auswärtigen Amt ge- geben werden. Darin heißt es u. a.: Die angesprochenen Zweifel an der Ansicht Deutschlands, die Bestimmungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages zu erfüllen, sind unbegründet. Die deutsche Regierung vermahnt sich gegen den Vorwurf, sie die Verletzung des Interes- ses der Friedensverträge verantwortl. zu sein. Ein großer Teil der Vertragsbestimmungen steht die Bestim- mungen von Amerika vor. Sollten diese jetzt ohne Amerika in Kraft treten, so ist, wie dies auch von der Germanen zu- gegeben wird, eine besondere Vereinbarung mit den westlichen Deutschland und den zentralen Mächten erforder- lich, die sich natürlich nicht auf die Bestimmungen über die Gefangenen im Osten beschränken dürfte. Wir sind bereit, in dieser Hinsicht weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen. Die Bestimmung Amerikas wird jedoch von der deut- schen öffentlichen Meinung als eine bedeutende Garan- tie betrachtet. Die Forderung, das mit der Note vom 1. November mitgeteilte Verbot bedingungslos zu unter- zeichnen, muß nun als abgelehnt werden. Es steht im Widerspruch mit den Erklärungen, die Herr Dulac und Herr Rathelot gegenüber Herrn von Simon abge- geben haben.

Uegen Scapa Flow sehen wir der Behauptung der Entente auf unsere Darlegungen entgegen. Die Substanz- fassung ist unannehmbar. Interessants mühen wir Aufnahme einer Bestimmung in das Protokoll veranlassen, wonach die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, die sich zu dieser Zeit noch in Frankreich be- finden, an seine andere Bestimmung als die in Artikel 221 bezeichnete geknüpft werden darf.

Die Reichsregierung über den neuen Tonnageraum.
Berlin, 10. Dezember. Der Reichs- und Reichsregie- rung, Ministerialdirektor Kaufner, stellte gestern abend in

einem Vortrag fest, daß die Weichtpolitik der Entente über- wiegend negativ politisch sei. Er sagte dann: Wir können die als Ersatz für Scapa Flow vorzulegende Tonnage nicht liefern, wenn wir uns nicht wirtschaftlich endgültig ruinieren wollen. Wir sind aber unter dem Zwang der Persön- lichkeit bereit, Ersatz auf anderem Gebiete zu leisten, und wir wollen nur Unterzeichnung des Friedensvertrages als be- dingung für die neue Paris Frieden, die über die Lage der Wirtschaft Auskunft geben.

Roske gegen die Ententeforderungen.

Reichsminister Roske erklärte einem Korrespon- denten der „Dain Mail“ in Berlin, daß für Deutschland der Augenblick gekommen sei, mit letzter Energie den For- derungen der Alliierten zu widerstehen. Die Alliierten können das Land belagern, wenn sie wollen. Der Friede, den sie uns jetzt anbieten, ist nicht ein Friede, sondern eine Verzögerung des Krieges auf andere. Die Annahme eines solchen Vertrages würde das Volk dahin bringen, an den Männern, die ihn unterzeichnen sollten, Rache auszuüben, und diese wäre gerechtfertigt. Roske fügte hinzu, daß seine Meinung von den andern Mitgliedern der deutschen Regierung geteilt werde.

Amerika für die Interessen des deutschen Handels.

Am 8. d. m. 9. Dezember. „Associated Press“ meldet aus Paris, daß die amerikanische Frei- pressenlegation in Paris erwidert hat, daß dem deut- schen Handel dieselben Rechte eingeräumt werden, wie dem der a. und a. Mächte.

Zur Abreise Polks.

Wittenberg, 10. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung von Polk, worin gesagt wird: Was mich persönlich betrifft, wird das Bedauern, welches ich wegen meiner Abreise empfinde, durch die Tatsache abgemildert, daß die Polken die sich über meinem gemeinschaftlichen Werk zu tun, vertrieben werden konnten. Inwiefern sich die deutsche Regierung den gerechtfertigten Wünschen der Alliierten unterwerfen. Recht wird auch noch Rumänen unter- zeichnen. Der Vertrag mit Ungarn ist ebenfalls in seinen Einzelheiten fertiggestellt. Das schwere Werk des Friedens ist fast zu Ende geführt.

Der Kriegeswille Amerikas.

In ihrem demnächst erscheinenden Dezemberheft „Deutschland vor Gericht“ bringen die Edderischen Monats- hefte in einem Aufsatz ihres Herausgebers Professor Co- hmann eine sensationelle Mitteilung. Professor Coermann wurde nämlich aus der Schweiz dieser Tage auf das in Frankreich zur Zeit erlich stehende große Werk des Historikers, Akademikers und früheren Ministers des Aeußeren Han- ota u. über den Weltkrieg aufmerksam gemacht, daß in dieser- rung Nr. 101 berichtet:

„Als vor der Marne-Schlacht die französische Stimmung so gedrückt war, daß viele nahegehenden Polks- liler den sofortigen Frieden mit Deutschland wünschten, erschienen bei der französischen Regierung drei ameri- kanische Geandte, der damalige Vizepräsident in Paris, sein Vorgänger und kein Nachfolger, und be- schworen die Regierung, sich zu bekümmern, indem sie ihr das Verprechen gaben, daß Amerika in den Krieg ein- zutreten würde. „Wir sind in Amerika vorhin- gen 30 000 einberufen, die den Eintritt Amerikas in den Krieg wollen, aber in einiger Zeit werden wir 100 Millionen sein.“

Eine mitten im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten stehende amerikanische Persönlichkeit er- klärt Professor Coermann kürzlich die Summe der aufeinander- bereiten überlegt selbst für amerikanische Verhältnisse alle Begriffe.

Die Kohlennot in Amerika.

Washington, 9. Dezember. Kansas. Der Brenn- stoff-Kontrollrat hat gestern eine Verfügung erlassen, die im ganzen Lande strenge Einschränkungen vorschreibt. Die industriellen Unternehmen mit Ausnahme der lebenswichtigen dürfen nur noch drei Tage in der Woche arbeiten. Auch der Verkehr der öffentlichen Verkehrsmittel wird auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Die Beschränkung in den Vereinigungs-Staaten wird erst im 4. Uhr am mittags müssen in allen Biers die Lichter gelöscht werden.

d'Annunzio auf der Flucht?

Paris, 9. Dez. Wie die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, soll d'Annunzio flüchten wollen, weil Italiener seine Truppen zu besetzen sind.

Serbien schließt seine Grenzen.

Paris, 9. Dezember. Wie „Chicago Tribune“ aus Saloniki meldet, hat Serbien seine Grenzen geschlossen.

Anständige Kampfesweise.

Ein Wort der Entgegnung vom Abgeordneten Schreiber.

Die „Halle'sche Zeitung“ beschäftigt sich in einer Zuschrift von deutschnationaler Seite mit „meiner Kampfesweise“ gegen die Deutschnationalen. Auf Grund eines beschränkten Berichtes über einen von mir in Werleburg gehaltenen Vortrag wird gegen mich der Vorwurf er- hoben, ich hätte eine „leidenschaftliche und objektlose“ Behauptung aufgestellt. Nach einem Bericht des „Merse- burger Korrespondenten“ über einen Vortrag soll ich ge- sagt haben: „Die Deutschnationalen haben auf dem Lande gern gegen die Juden.“ Die Deutschnationalen nehmen aber mit dem größten Vergnügen Gelder von den Juden! Wenn die jüdischen Kreise ordentlich an die Deutschnationalen bleichen, dann sind sie ihnen will- kommen.“

Ähnliche Meinungen von mir seien, so meint die deutschnationale Seite in der „Halle'schen Zeitung“, ihr auch aus anderen Versammlungen berichtet worden. — In der Tat habe ich in Halle, Merseburg und in Werleburg, und auch anderswärts, gegen alle Meinungen sich zu wehren versucht, auch in der deutschnationalen und die entfaltete deutschnationaler Seite wird genug von Versammlungs-Beziehungen berichtet, um zu wissen, daß die Wiedergabe der Rede eines vollkommen frei und temperamentsvoll sprechenden Redners nicht wortgetreu zu sein pflegt, sondern nur den Gedanken- gang darstellt. Es verdrät daher außerordentlich die Ab- sicht, einem Gegner etwas am Jenge zu stützen, wenn man ihm auf Grund eines Zeitungsausschnittes, ohne ihn vorher zur Stellungnahme anzufragen, in aller Deutlichkeit den schweren Vorwurf der Reichsfeindlichkeit und Unwahrsamkeit macht, und sel das auch nur in bedingter Form. Man redet offenbar damit, daß die Erklärung des Angeklagten nicht allen denjenigen an- geschickt kommt, die die Beschuldigung geleistet haben, und so bleibt doch vielleicht wenigstens etwas an dem verurteilten Gegner hängen. Es gehört ja aufstrebend nun einmal zu der bedauerlichen Verwirrung der politischen Sitten bei uns zu Lande, daß man die Gründe gegen die von ihm vertretene Sache verliert. Es soll offenbar jedem anständigen Menschen die Beschuldigung mit Politz nach Möglichkeit verwehrt werden.

Was ist nun an der Zufahrt von deutschnationaler Seite wahr?

Wahr ist, daß ich in Werleburg gesagt habe: „Die Deutschnationalen haben gegen auf dem Lande gern gegen die Juden.“ Das ist die volle Wahr- heit, und ich hätte mich hüten können, daß sich diese Seite nicht nur auf das Land beschränkt. Ich habe ferner gesagt: „Es ist merkwürdig, daß die Deutschnationalen zwar gegen die Juden hetzen, ihr Geld aber aufeinander nicht ugnern nehmen.“ Und zum Beweise dieser Behauptung habe ich Bezug genommen auf einen Brief des Herrn Bergt, des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, der mir in die Deutschnationaler beschriftete. Dieser Brief des deutschnationalen Führers wurde veröffentlicht in der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem amtlichen Organ der Deutschen Volkspartei, die gerade bei uns in Halle als die Zwillingsschwester der Deutschnationalen Volkspartei von dieser selbst geleitet wird. Wenn nun diese „Nationalliberalen Korrespondenz“ in neuerer Zeit gelegentlich auch liberale Grund zu haben glaubt, über den Ton der deutschnationalen Nationalen zu schreiben, in dem- gend nicht dagegen, daß sie über die Verhältnisse in der deutschnationalen Volkspartei zuverlässig unter- richtet ist. Dieser Brief des Herrn Bergt ist oben in dem Parlament Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen, ohne daß er irgendwem abgelesen oder in an- deren Sinne interpretiert worden wäre, als er von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ verstanden worden ist. Herr Bergt schreibt in diesem Briefe an ein jüdisches Vorstandsmittglied der Deutschnationalen Volkspartei mündlich folgendes:

„Sie haben den bisherigen Verhandlungen des Hauptvor- standes über die antisemitische Frage regelmäßig beigewohnt und über die Gründe, wegen deren das Programm sich auf die bezüglich der Konfession darin enthaltenen Punkte be- schränken mußte, und über die Schwierigkeiten, zu einer präzis- sion zu kommen, einen Bericht. Ich kann daher meine Verwunderung nicht unterdrücken, daß Sie gleichzeitig auf eine regelmäßig unmögliche Weise der Frage, was in Ihrem Sinne, diesen Bericht, weiter würde es mit sich führen, wenn die Herren jüdischer Abstammung, die auf unserem Boden leben und sich der Partei auch nach außen aufrechten durch ihr Ver- halten, durch ihre Freigebigkeit und durch Opfer, die sie der Partei bringen, die von ihr erlittene Stellung in der Partei und die Sicherung ihrer Verhältnisse bei derselben erläutern. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn ich auch von Ihnen statt der beiden Schreiben Gemelle hätte erhalten hätte, da Sie als Mitglied des Mittelteil dieser Auffassung durchdungen sind und sich entsprechend betätigen.“

Die Unterzeichnung in diesem Briefe, die auf den Part deutet, daß sich die Juden durch Abbooster für die Deutschnationalen Partei mündlich machen sollen, rühren nicht von mir her. Und nun bitte ich jeden urteilsfähigen Wähler meines Wahlkreises selbst zu ent- scheiden, ob ein Wort von dem, was ich in Werleburg und anderwärts über den Antisemitismus der Deutschnationalen ausgesprochen habe, leidenschaftlich oder unwahr ist.

